

AZ-Kommentar

Freie Fahrt für freie Raser?



Jürgen Eisenbrand: der stv. Chefredakteur über die Warnung vor Radarfallen

Die schwarz-gelbe Bundesregierung will künftig erlauben, dass Autofahrer per Handy oder Navi vor fest installierten Radarfallen gewarnt werden. Und das ist – ausnahmsweise, ist man versucht zu sagen – mal ein vernünftiges Vorhaben.

Denn wie Polizei und Politik nicht müde werden zu betonen, gehe es bei Tempokontrollen ja angeblich nicht darum, möglichst viel Geld einzunehmen, sondern um mehr Verkehrssicherheit. Und dieses Ziel erreicht man eher, indem man Raser von vornherein abbrems, als dadurch, dass man sie wegen überhöhter Geschwindigkeit abkassiert.

Folgt man diesem Gedanken, dann versteht man im Grunde nicht, warum die Warnung vor mobilen Radarfallen auch künftig verboten sein soll. Klar, notorische Raser sollten durchaus immer wieder mal empfindlich zur Kasse gebeten werden und im Ernstfall auch ihren Führerschein zeitweise abgeben. Und klar: Wenn alle Kontrollen angekündigt werden, haben Temposünder überall sonst risikolose freie Fahrt. Aber was ist wichtiger: das Verhindern eines (womöglich tödlichen) Unfalls durch eine Radarwarnung? Oder das Beharren auf einem Prinzip.

Rückendeckung bei V-Mann-Affäre

BERLIN Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hat Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) wegen der V-Mann-Affäre den Rücken gestärkt. „Er wollte nie irgendwas verheimlichen“, sagte er bei der Inbetriebnahme einer neuen Neonazi-Datei mit Blick auf Henkel. Hintergrund der Informationslücken sei wohl eher eine unglückliche Kommunikation gewesen. Erst vor wenigen Tagen war bekannt geworden, dass die Berliner

Polizei jahrelang mit einem Helfer der rechtsextremen Terrorzelle NSU zusammengearbeitet hatte. Henkel steht deswegen unter Druck.

Die Neonazi-Terrorgruppe NSU hat zudem wohl über enge Kontakte nach Niederbayern verfügt. So hätten die Daten zweier Straubinger Neonazis auf einer Liste möglicher Unterstützer von NSU-Terrorist Uwe Mundlos gestanden, wie das BR-Politikmagazin „Kontrovers“ berichtete.



Gelassen: US-Präsident Barack Obama bei TV-Talker David Letterman (r.).

Romney-Dummheit macht Obama froh

WASHINGTON Da reibt sich jemand die Hände... US-Präsident Barack Obama hat die abfälligen Äußerungen seines republikanischen Kontrahenten Mitt Romney über einkommensschwache Bürger locker gekontert. Es sei falsch, dass insbesondere seine Wähler von der Regierung verlangen, für sie zu sorgen, sagte Obama in der „Late Show“ von Talkmaster David Letterman.

In dem mit einer versteckten Kamera aufgenommenen Video erklärt Romney, dass sein Wahlkampf nicht darauf ausgerichtet sei, jene „47 Prozent“ der Leute anzusprechen, die Obama wählten (AZ

berichtete). Er charakterisierte sie als Sozialschmarotzer. Der Clip hatte für großen Wirbel gesorgt und den Herausforderer bei der Wahl am 6. November in Erklärungsnot gebracht. Obama bezeichnete es als Fehler, einen großen Teil der Bevölkerung abzuschreiben: „Als Präsident repräsentiert man das gesamte Land. Wenn man Präsident sein will, muss man für jeden arbeiten.“

Romney verteidigte seine Kommentare. Sie verdeutlichen, dass er an die freie Marktwirtschaft glaube statt an die Großzügigkeit des Staates, sagte er in einem Interview des TV-Senders Fox News.



Die Beratung und Transparenz bei Riester-Renten soll für Anleger verbessert werden.



Das Bundeskabinett in Berlin.

BERLIN Jetzt endlich tut sich in Sachen Riester-Renten! Grund: Die Kritik an der privaten Altersvorsorge ist groß, denn viele Verträge sind äußerst kompliziert, und die tatsächlich ausgezahlte Mindestrente fällt sehr unterschiedlich aus (AZ berichtete).

Nun soll die Entscheidung über eine optimale private Vorsorge offenbar deutlich einfacher werden. Die Bundesregierung will allen Anbietern von Riester-Renten vorschreiben, in jeden Vertrag einen zentralen Überblick über die wichtigsten Kennzahlen zu

Kosten und Anlage-Risiken der Verträge bald transparenter

Kabinett stoppt Riester-Abzocke

geben. Dieser Riester-Check soll einheitlich aussehen und die wichtigsten Kriterien der Altersvorsorge auflisten, die anfallenden Kosten etwa, die Rendite-Erwartung und das Anlage-Risiko. Die Bundesregierung will den Gesetzentwurf demnach kommende Woche beschließen.

Die Riester-Rente ist in den vergangenen Monaten stark kritisiert worden. Verbraucherschützer werfen den Anbietern vor, unter dem Deckmantel der staatlichen Förderung mangelhafte Produkte mit zu hohen Kosten und zu geringem Ertrag zu verkaufen. In einer aktuellen Untersuchung der Stiftung Warentest schnitten nur fünf von 29 untersuchten Versicherungsangeboten mit der Note „gut“ ab. Ähnlich schlimme Ergebnisse lieferte eine Überprüfung der Zeitschrift „Öko-Test“.

Die Unterschiede zwischen den Verträgen, stellten die Tester fest, sind enorm: Demnach fällt die garantierte Mindestrente bei den guten Produkten um 17 Prozent höher aus als bei den ungünstigen Verträgen. Wer als 37-jähriger 30 Jahre lang einzahlt, hat bei

der höchsten Garantierente nach 15 Jahren Auszahlung 4140 Euro mehr als bei der niedrigsten.

Mit dem neuen Faktenblatt soll den Sparern die Entscheidung offenbar leichter gemacht werden.

Allerdings soll der Riester-Check laut dem Bericht ausdrücklich keine Gesamtbewertung in Zeugnis-Form enthalten. Dazu gehört demnach eine Einschätzung, wie wahrscheinlich eine Rendite von mehr als sechs Prozent ist. Auch die Kosten sollen in

Prozent ausgewiesen werden, obwohl Verbraucherschützer eine konkrete Summenangabe in Euro gefordert hatten.

Wie die „Passauer Neue Presse“ berichtet, hat sich die Quote der männlichen Rentner, deren Altersbezüge unterhalb der Grundsicherung liegen, zwischen 2000 und 2011 von 3,2 Prozent auf 12,5 Prozent nahezu vervierfacht. Die Quote der Frauen, deren gesetzliche Renten unterhalb des Brutto-Grundsicherungsbedarfs lagen, hat sich im gleichen Zeitraum um das zweieinhalbfache erhöht.

...und das soll sich auch ändern

Gefürchtet: Blitz am Straßenrand.



BERLIN Die schwarz-gelbe Koalition hat neben der besseren Vergleichbarkeit von Riester-Rentenverträgen auch folgende Projekte auf den Weg gebracht bzw. diskutiert:

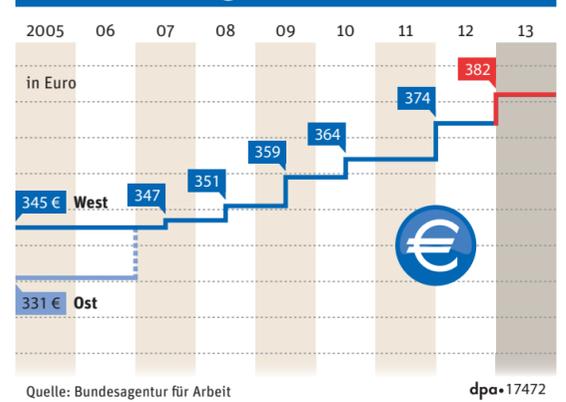
BLITZWARNER: Verkehrspolitiker von Union und FDP wollen das Verbot von Blit-

zerwarnern teilweise kippen. Nach Angaben der „Saarbrücker Zeitung“ sollen Navigationssysteme oder Handy-Apps künftig verraten dürfen, wo Autofahrer mit festinstallierten Blitzern rechnen müssen. Bislang ist dies in Deutschland verboten. Die Union wollen ei-

nen entsprechenden Antrag in den Bundestag einbringen. Die Grünen und die Polizeigewerkschaft kritisierten die Pläne.

HARTZ IV-ERHÖHUNG: Ab 2013 können Hartz-IV-Empfänger auf acht Euro mehr hoffen. Das Bundeskabinett beschloss gestern eine Erhöhung des Regelsatzes auf 382 Euro. Auch die Sätze für Partner und Kinder von Langzeitarbeitslosen sollen angehoben werden. Der Bundesrat muss der Verordnung noch zustimmen. Mit Verweis auf den Armutsbericht kritisierten Sozialverbände die Anhebung als ungenügend. Die Regelsätze werden jährlich angepasst, und zwar anhand der Preis- und Lohnentwicklung.

Der Hartz-IV-Regelsatz



Neue Hass-Welle wegen Karikaturen?

PARIS Frankreichs Regierung sorgt sich um seine diplomatischen Vertretungen. Sie hat jetzt die Sicherheitsvorkehrungen für seine Botschaften im Ausland verstärkt. Morgen sollen die französischen Botschaften und Schulen in rund 20 Ländern geschlossen bleiben, kündigte Außenminister Laurent Fabius an.

Was war geschehen? Die französische Satire-Zeitschrift „Charlie Hebdo“ hat gestern eine Reihe von Mohammed-Karikaturen veröffentlicht. Die sozialistische Regierung rief daraufhin zur „Verantwortung“ auf und warnte vor „Provokation“. Es sei nicht „intelligent“ gewesen, zum jetzigen Zeitpunkt „Öl ins Feuer zu gießen“, kritisierte Fabius das Blatt. „Mir macht das große Sorgen.“

Die Veröffentlichung der Karikaturen kommt zu einem Zeitpunkt, zu dem die Stimmung in muslimischen Ländern ohnehin schon auf-

geheizt ist: Ein in den USA produzierter islamfeindlicher Film hatte zu gewaltsamen Protesten in Libyen, Tunesien, Sudan und dem Jemen geführt.

Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick ist unterdessen dagegen, das Mohammed-Schmähvideo öffentlich in Deutschland zu zeigen. Zudem forderte er, diese Frage nicht allein juristisch zu beantworten. „Das würde zu kurz greifen“, meinte er. Vielmehr sei wichtiger, welche ethischen Maßstäbe in der Gesellschaft gelten sollten. Schick forderte: „Respekt für den anderen, Achtung vor dem anderen. Wertschätzung und Hochachtung vor den Andersdenkenden und ihrer Gesinnung – auch wenn ich sie nicht teile und anderer Meinung bin.“ Das Video dürfe nicht gezeigt werden, „weil es in unserer Gesellschaft den Frieden gefährdet und wir damit rechnen müssen, dass es Ausschreitungen gibt“.



Das Titelblatt der Zeitschrift mit einer Mohammed-Karikatur – Moslems könnten dadurch aufgestachelt werden.

AZ kompakt

Assad-Terror in Syrien

BEIRUT Mit systematischem Terror geht das Assad-Regime laut einem Bericht von Amnesty International gegen die Bevölkerung vor. Dazu zählt die Menschenrechtsorganisation Luftangriffe und großflächigen Artilleriebeschuss durch die syrischen Streitkräfte. Die Angriffe richteten sich nicht gegen oppositionelle Kämpfer, sondern seien ein Mittel zur Bestrafung von Zivilisten.

Doch kein Atom-Aus in Japan?

TOKIO Nach der Vorstellung von Plänen zum Atomausstieg ist die japanische Regierung wieder zurückgerudert. Überraschend sprach sich das Kabinett nicht für ein Strategiepapier eines Regierungsausschusses aus. In der vergangenen Woche hieß es, der Atomausstieg sei bereits beschlossene Sache. Nun hieß es lediglich, das Kabinett werde die Erkenntnisse des Ausschusses „berücksichtigen“.